

## Bel paese, aber wirtschaftliche Katastrophe – warum Italien im Vergleich der großen Industrieländer so schlecht abschneidet – Teil III

Von Heiner Flassbeck und Friederike Spiecker | 04.11.2013 (editiert am 25.05.2016)

Lässt man Revue passieren, was in Italien seit Beginn der Europäischen Währungsunion schief gelaufen ist, kommt man zunächst nicht auf dramatische Veränderungen. Die italienischen Unternehmen haben bis 2007 kräftig investiert. Die Exporte sind zunächst normal mit der Belebung des Welthandels gestiegen, etwa so wie in Frankreich. Der private Verbrauch war aber von Anfang an schwach. Da er ähnlich wie in Deutschland und Frankreich einen Anteil von fast 60% am Bruttoinlandsprodukt ausmacht, konnte das Wachstum insgesamt nicht so gut laufen wie in Frankreich, dessen Konsum sich wesentlich positiver entwickelte. Allerdings fiel das italienische Bruttoinlandsprodukt zwischen 1999 und 2007 etwas besser aus als in Deutschland. Danach aber kam der große Bruch.

Italien gibt Rätsel auf. Warum konnte die starke Investitionstätigkeit in der Zeit vor der Finanzkrise nicht in starke Produktivitätszuwächse umgemünzt werden? Lag es an den Nominallohnen? Wohl kaum. Die stiegen nämlich (in Stundenrechnung) zwischen 1999 und 2007 mit jährlich knapp 3 % weniger als in Frankreich (3½ %), aber "natürlich" fast doppelt so schnell wie in Deutschland (1,5%), wo man das Gürtel-enger-Schnallen mit Hilfe der Agenda 2010 zum obersten Prinzip der Wirtschaftspolitik gemacht hatte.

Nimmt man die Konstellation der Produktivitätsentwicklung zwischen den drei Ländern mit ins Bild, wird der unterschiedlich starke Verlust an Wettbewerbsfähigkeit in Italien einerseits und Frankreich andererseits deutlich. Deutschland schaffte es, seine Produktivität trotz deutlich geringerer Anstrengungen im Bereich der Bruttoanlageinvestitionen (jährlich im Schnitt nur 0,6%; Italien hingegen 2,5%, Frankreich sogar 3,4%) zu erhöhen. Das lag teilweise wohl daran, dass in der Unterkategorie Ausrüstungsinvestitionen Deutschland mit 3,8% Zuwachs jährlich die Nase vorn hatte, während Frankreich (2,8%) und Italien (2,3%) etwas bescheidener agierten. Trotzdem erklärt dies den Unterschied in der Produktivitätsentwicklung von Beginn der EWU an bis 2007 bei weitem nicht vollständig. In Deutschland nahm die Stundenproduktivität in diesem Zeitraum um 1,9%, in Frankreich um immerhin 1,7%, in

Italien aber nur um sage und schreibe 0,5% zu. Das korrespondiert zwar, wie wir in Teil I bereits geschrieben haben, mit der starken Entwicklung des italienischen Arbeitsvolumens, aber es ist keine inhaltliche Erklärung.

Klar ist, dass sich bei dieser entgegen gesetzten Entwicklung von Löhnen und Produktivität in den drei Ländern die internationale Wettbewerbsfähigkeit italienischer Unternehmen noch dramatischer verschlechterte als die der französischen: Der Abstand der Lohnstückkosten zwischen Italien und Deutschland nahm Jahr für Jahr um fast 2,7% zu (in Frankreich waren es "nur" gut 2% jährlich). Das untergrub die Stellung Italiens beim Export noch mehr als die Frankreichs: Die Leistungsbilanz geriet bereits Anfang der 2000er Jahre ins Minus, in Frankreich dauerte das bis 2005.

Nur – und das ist der wesentliche Unterschied zu Frankreich – konnte in Italien der private Verbrauch keine binnenwirtschaftliche Stütze gegen die außenwirtschaftlichen Probleme bieten: Denn wo kaum ein Produktivitätszuwachs zustande kommt, da kann es auch keine spürbare Steigerung der realen Arbeitseinkommen geben (jedenfalls nicht, wenn keine eigenständige Umverteilung von den Kapitaleinkommen hin zu den Arbeitseinkommen stattfindet). Das steigende Arbeitsvolumen ändert an diesem Zusammenhang, anders als es die neoklassische Vorstellungswelt oder auch Überlegungen von Produktivitäts skeptikern nahelegen, nichts. Die Nominallohnsteigerung ging mangels adäquatem Produktivitätszuwachs fast eins zu eins in die Preise über, so dass die realen Stundenlöhne mit jährlich im Schnitt knapp 0,5% (wiederum von 1999 bis 2007 gerechnet) zwar genau passend zur Produktivität, aber eben noch schlechter liefen als in Deutschland (0,7%). Für eine spürbare Steigerung des privaten Konsums blieb da nichts übrig.

Hätte Italien seine Nominallöhne im Vergleich zu seiner Produktivität um so viel schlechter laufen lassen, wie das in Deutschland geschah, dann hätte es praktisch keine Erhöhung der nominalen Stundenlöhne gegeben, dafür aber eine Lohnstückkostensenkung in ungefähr gleicher Höhe wie in Deutschland. Der private Verbrauch wäre dann dank stagnierender bis sinkender Preise und dadurch nur geringfügig zulegender realer Stundenlöhne wohl noch schlechter gelaufen, als es de facto der Fall war. Nur die außenwirtschaftliche Flanke wäre nicht offen gewesen. Jedenfalls wäre Deutschland seine Handelsüberschüsse in Italien nicht so spielend losgeworden, wie es tatsächlich geschah: Im Spezialhandel vervierfachte sich der (nominale) deutsche Überschuss gegenüber Italien fast, nämlich von 5,2 Mrd. Euro 1999 auf 19,8 Mrd. Euro 2007. Von den Drittmarkteffekten, also den Wirkungen, die die deutsche Unterbietungsstrategie auf Italiens Ausfuhren in andere ("dritte") Länder gehabt haben dürfte, ganz zu schweigen. (Ohne dass wir das statistisch nachgeprüft haben, ist wohl davon auszugehen, dass viele italienische Exporte etwa nach Frankreich von deutschen Waren verdrängt worden sind.)

Das also war die Ausgangssituation in Italien vor 2008: Investitionen, die sich mangels binnen- und außenwirtschaftlicher Auslastung nicht rentierten. Dann der massive Einbruch der Weltwirtschaft im Zuge der Finanzkrise: Die Exporte (2009 gegenüber 2008) brechen real um 18 % ein, das ist ein Drittel mehr als in Frankreich (-12%) und sogar mehr als im exportorientierten Deutschland (-13%). Zwar erholen sie sich wieder und dürften dieses Jahr ungefähr das Vorkrisenniveau erreichen. Von einem Wachstum wie in Deutschland, wo das Vorkrisenniveau von 2008 mittlerweile real um fast 13% überschritten wird, kann aber nicht die Rede sein. Die dennoch erfolgte Positivierung der italienischen Leis-

tungsbilanz (die EU-Kommission prognostiziert für das laufende Jahr einen Überschuss von 1% des Bruttoinlandsprodukts) geht somit vollständig auf das Konto der zusammengebrochenen Importnachfrage (gut 11 Prozent weniger als 2008). Hintergrund dieser Entwicklung ist natürlich der Einbruch des privaten Verbrauchs in Italien, der sein Niveau von 2008 inzwischen real um mehr als 6% unterschreitet. Die ebenfalls unter Wettbewerbsverlust leidende französische Wirtschaft bringt heute immerhin fast 2% mehr privaten Konsum zustande als 2008.

Eine aufmerksame und gut funktionierende Regierung hätte die gefährliche Konstellation von internationalem Wettbewerbsverlust und binnenwirtschaftlicher Schwäche frühzeitig erkennen müssen, um entweder bei den Lohnstückkosten gegenzusteuern und/oder die deutsche Unterbietungsstrategie offen anzuprangern und Gegenmaßnahmen einzufordern. Das war aber nicht der Fall, weil in Italien, wie in den meisten anderen Mitgliedsländern der europäischen Währungsunion, die Regierungen weder selbst mit dem Sachverstand ausgestattet sind, um eine solche Analyse zu betreiben, noch es bisher für notwendig erachtet haben, regelmäßige Expertisen in Auftrag zu geben, die solche Gefahren erkennen. Stattdessen konnte man sich in Italien wohl lieber in den Erfolgen, die die Arbeitsmarktstatistik mit der seit Mitte der 1990er Jahre sinkenden Arbeitslosenquote bzw. den steigenden Erwerbstätigenzahlen lieferte. Dass man mit dem Blick auf einen einzelnen gesamtwirtschaftlichen Markt nie ein auch nur in Umrissen vollständiges Bild der Lage und der Aussichten einer Volkswirtschaft bekommen kann, zeigt sich hier sehr deutlich.

Ein neoklassisch orientierter Ökonom hätte bis 2007 Italien für ein durch und durch zukunftsfähiges Land halten müssen: keine Verdrängung des Faktors Arbeit durch Kapital ausweislich einer nur geringfügig steigenden Produktivität und eines ebenso nur moderat steigenden Reallohns, dazu ein entsprechend positives Bild des Arbeitsmarktes, ein zurückhaltender privater Verbrauch und an dessen Stelle eine starke Investitionstätigkeit, die nach neoklassischer Ansicht ja nichts anderes darstellt als in die Zukunft verschobener Konsum. Mit der Wirklichkeit bildet diese Sicht allerdings eine Schnittmenge von Null.

Nun ist die Lage in Italien hoffnungslos, noch hoffnungsloser als in Frankreich, müsste man sagen, wenn sich das Wort überhaupt steigern ließe. Ein Land in einer so misslichen Lage bräuchte dringend eine quantitativ bedeutsame Anregung auf der Nachfrageseite, um den Pessimismus, der sich inzwischen auf allen Seiten verbreitet hat, zu überwinden. Vom Export ist das aber nicht zu erwarten, da die internationale Wettbewerbsfähigkeit mit einem Rückstand von über 25% im Vergleich zum schärfsten Konkurrenten, Deutschland, zu schlecht ist. In der Binnenwirtschaft ist ein solcher Impuls nach Lage der Dinge und den Vorgaben der Troika für Südeuropa ebenfalls unmöglich, da die Staatsschuld im internationalen Vergleich hoch ist und die Kapitalmärkte nervös sind. Im Gegenteil, der Druck wird zunehmen, auch in Italien weiter auf Konsolidierung des Staatshaushalts durch Ausgabenkürzung und auf die „Flexibilisierung“ des Arbeitsmarktes zu setzen. Letzteres heißt nichts anderes als Lohnsenkung.

Lohnsenkung würde aber genau wie in Griechenland, Spanien und Portugal unmittelbar zu einem Einbruch der ohnehin labilen Konsumnachfrage führen. Die Arbeitslosigkeit stiege sofort weiter und die Gesamtlage würde weiter destabilisiert. Alle langfristig angelegten Maßnahmen im Rahmen von „Strukturanpassungsprogrammen“, wie sie vom IWF bevorzugt werden, können die Wirtschaft nicht

aus der Talsohle ziehen, weil sie keine positiven Nachfrageimpulse beinhalten.

Italien kann nur auf ein Wunder hoffen, das hilft, die nächsten Jahre ohne schwere Verwerfungen in der Wirtschaft und gewaltige politische Eruptionen zu überstehen. Das Wunder aber gibt es nicht. Und deswegen müsste jeder ernsthafte Politiker in Italien –wie übrigens auch in Frankreich – darüber nachdenken, welche Optionen das Land noch hat, um ohne eine schwere Beschädigung der Demokratie auf einen soliden Entwicklungspfad zurückzukehren.

Nur zwei Wege scheinen uns denkbar. Der eine ist der Zusammenschluss der betroffenen südeuropäischen Länder einschließlich Frankreichs zu einer Koalition des Südens, die sich offensiv gegen das deutsche Austeritätsdiktat in Stellung bringt und es schlichtweg ablehnt, sich weiter ins Verderben treiben zu lassen. Eine solche Koalition kann aber nur glaubwürdig sein, wenn sie über eine Waffe verfügt, die Deutschland gefügig macht. Diese Waffe muss auf den Tisch und sie heißt: Ausstieg der Südländer aus der Währungsunion und massive Abwertung einer neuen südeuropäischen Währung oder der nationalen Währungen (möglicherweise in einer Art Währungsverbund) gegenüber dem Norden.

Ist man politisch nicht in der Lage, eine solche Koalition zustande zu bringen, kann für jedes einzelne Land das Motto nur noch lauten: Rette sich, wer kann! Wer zuerst aussteigt, kann die stärksten Impulse von einer Abwertung erwarten, weil der Effekt gegenüber einer größeren Gruppe von Ländern auftritt. Es steht – worauf wir schon mehrfach hingewiesen haben – zu befürchten, dass die extremen rechten Parteien in Europa den Zusammenhang und diese beiden Auswege (vielleicht mangels ideologischer Scheuklappen in Sachen Wirtschaftspolitik, sicher aber wegen des nationalen Anstrichs, den eine "eigene" Währung hat) schneller begreifen und für sich nutzbar machen werden als die gemäßigten und die linken Parteien.

Europa hat sich im Labyrinth der Währungsunion in eine Sackgasse verirrt. Ein friedlicher Weg hinaus führt über so viele ideologische Hürden und erfordert so viel Einsicht, Sachverstand und Weitblick, dass man so gut wie sicher davon ausgehen kann, dass er nicht eingeschlagen werden wird. In Deutschland wird sich eine große Koalition auf den kleinsten gemeinsamen Nenner in der Europapolitik einigen, und der heißt „weiter so“. In Frankreich sind die Sozialisten schon gegen die Wand gefahren und wissen weder ein noch aus. In Italien verkämpft man sich in den üblichen Intrigen und Ränkespielen. Woher soll da eine politische Führung in Europa kommen, die die Richtung grundlegend ändert? Nein, nicht einmal zu einer einfachen Bestandsaufnahme, wie wir sie hier gemacht haben, ist Europa fähig, von einer politischen Strategie ganz zu schweigen.

Jeder, der über eine Lösung der Krise nachdenkt, an deren Ende der Euro in seiner bisherigen Form nicht mehr steht, wird von den etablierten Parteien und sogar von ganz links als Feind des europäischen Gedankens dargestellt. Das ist viel bequemer, als sich sachlich mit den empirischen Fakten auseinander zu setzen. Und es ist für viele auch angenehmer, als diejenigen zur Rechenschaft zu ziehen, die mit der Forderung und Unterstützung des deutschen Lohndumpings das Unheil mit heraufbeschworen haben (wie etwa die Mehrheit des Sachverständigenrats, darunter allen voran Wolfgang Franz, aber auch Hans-Werner Sinn mit seiner Erfindung der "aktivierenden Sozialhilfe" und Bernd Lucke mit seinem [Hamburger Appell](#) von 2005, von den Befürwortern der Agenda 2010 ganz

zu schweigen). Einen Unterschied zu machen zwischen denjenigen, die eine Trennung der EWU-Partner befürworten, ohne die bitteren Folgen, die das für alle Seiten haben wird, klar zu benennen oder gar sozial verträgliche Lösungen dafür auszuarbeiten, und denjenigen, die mittlerweile die Rettung des Euro *nach jahrelangem Einsatz für seinen Erhalt* aufgegeben haben, sich aber um konkrete Vorschläge bemühen, wie es weitergehen könnte unter Erhalt des sozialen Friedens, ist offenbar zu viel verlangt. Das nennt man dann wohl Ironie der Geschichte.

## Über den Autor

---

Veröffentlicht am: 04.11.2013 | Editiert am: 25.05.2016

Erschienen unter:

<https://makroskop.eu/2013/11/abo-artikel-bel-paese-aber-wirtschaftliche-katastrophe-warum-italien-im-vergleich-der-grossen-industrielaender-so-schlecht-abschneidet-teil-iii/>